

NEUES MARBURG

Mehreinnahmen statt Kahlschlag

PDS/ML-Vorschläge könnten Sozialkürzungen verhindern

Seite 3

Sale-and-Lease-Back geplatzt

Mit Steuertricks wollte der Landkreis der Finanzmisere begegnen

Seite 5

Geld ist genug da

Der Staat hat sich absichtlich arm gemacht

Seite 7

Sozialismus weichgespült?

Die PDS hat nach jahrelanger Debatte ein neues Programm

Seite 8

Zeitung der PDS Marburg-Biedenkopf und der PDS-Hochschulgruppe

Nr. 3 · November 2003

Armutszuzeugnis

Rot-Grün schneidet ins Marburger soziale Netz



Am 10. Oktober demonstrierten 800 Menschen gegen Sozialabbau. Aufgerufen hatte die Aktion Soziale Gerechtigkeit, ein Bündnis aus 32 sozialen Initiativen und Gewerkschaften, dem auch die PDS angehört

Als „Armutszuzeugnis“ bezeichnete der Stadtverordnete Pit Metz von der PDS/Marburger Linke den Entwurf für den Marburger Haushalt 2004. Armutszuzeugnis in zweifacher Hinsicht. Erstens sei der Entwurf ein Zeugnis dafür, dass die „verfehlte Politik der Bundesregierung mit ihren Steuergeschenken an die Reichen und Superreichen auch in Marburg die finanziellen Spielräume der Kommune einengt“. Zweitens zeuge dieser Entwurf „von Phantasielosigkeit bei der konkreten Haushaltsplanung“ und „mangelnder Verantwortung gegenüber den sozial Schwächeren in dieser Stadt“.

Zur Vorbereitung auf die Beratungen für den Haushalt 2004 überraschte die Verwaltungsspitze im September die Öffentlichkeit mit der Nachricht, dass im Haushalt 2004 ein Loch von 20 Millionen Euro drohe. Derartig eingestimmt und durch Roland Kochs Streichorgie zusätzlich geschockt, wurden die Marburger mit den konkreten Haushaltsplänen der Verwaltung konfrontiert. Entgegen den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung wurde kein kompletter Haushaltsentwurf vorgelegt, sondern eine Art „Loseblattsammlung“ als Beratungsgrundlage in die öffentliche und parlamentarische Diskussion gebracht. Und diese „Loseblattsammlung“ hatte

es in sich. Vor allem der grüne Sozialdezernent Franz Kahle hatte zugeschlagen. Laut OP vom 24.9. habe er 1,8 Millionen Euro gespart. Unter dem Namen „Kahles Giftliste“ kursierte eine Aufstellung dieser sozialen Grausamkeiten unter den Betroffenen. Dazu zählten die drastische Erhöhung der Kindergartengebühren, die Streichung der Mittel für den Stadtpass, die Halbierung der Gelder für Investitionen an Kindergärten, Kinder-

Ein Koch verdirbt den Brei

Hessens CDU-Regierung zerspart das soziale Gefüge des Landes

So viel Eitelkeit gönnt er sich. Und tut's nicht unter Superlativen. Der hessische Ministerpräsident legt im Wettlauf des Sozialabbaus nicht irgendeinen Vorschlag auf, sondern das „größte Sparpaket in der hessischen Geschichte“, versehen mit seiner Richtlinienkompetenz. In Zahlen: Eine Milliarde Euro Kürzungen. Das schien den Adressaten der Koch'schen Schläge erst einmal den Atem geraubt zu haben. Protestabsichten wurden zwar schnell erklärt, realer Widerstand folgte aber zögernd und grobsortiert nach einzelnen Gruppen. Mitte November folgte ein hessenweiter „Tag der Verweigerung“,

spielplätzen und für die Altenbetreuung bei der Arbeiterwohlfahrt und der Stiftung St. Jakob. Diese und weitere Zumutungen für die sozial Schwachen dieser Stadt veranlassten Brigitte Bohnke von der Oberhessischen Presse in einem Kommentar zu der Äußerung: „Sparen allein ist zu wenig“ und zu der Frage: „Wie soll das Gemeinwesen aussehen, in dem wir leben?“.

Henning Köster, der Fraktionsvorsitzende der PDS/Marburger Linken im Stadtparlament kritisierte: „Dieser Haushaltsentwurf hat eine deutliche Schiefelage zuungunsten von Kindern, Jugendlichen, Arbeitslosen und alten Menschen. Der Sozialdezernent ist weit über das Ziel hinausgeschossen“.

Kritik an Kahles Kürzungsplänen kam sogar von Parteifreunden und aus den Reihen des Koalitionspartners. Auch die Betroffenen wehrten sich gegen den Kahlschlag. Das Bündnis „Aktion Soziale Gerechtigkeit“, das den Widerstand gegen die Zumutungen der hessischen Landesregierung in Marburg organisiert, forderte vom Stadtparlament: „Ausgaben für soziale Belange nicht zu kürzen“ und „die Streichungen des Landes zumindest teilweise aufzufangen“.

Bei diesem Sachstand gingen die Fraktionen des Stadtparlamentes in ihre Haushaltsklausuren. Die Ergebnisse waren nicht wirklich überraschend. Die Fraktion der PDS/Marburger Linke erklärte, dass die unsozialen Maßnahmen überflüssig seien. Henning Köster, der Fraktionsvorsitzende, führte weiter aus: „Wenn der politische Wille bei der Mehrheit des Stadtparlamentes vorhanden wäre, unseren Vorschlägen zur Erhöhung der städtischen Einnahmen zu folgen, gäbe es sogar einen finanziellen Spielraum die wegbrechenden Landesmittel auszugleichen“ (siehe Bericht Seite 3).

Fortsetzung S. 2

bei dem dann alle an einem Strang zogen. Aufgerufen hatte das Bündnis für soziale Gerechtigkeit, bestehend aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Institutionen und Initiativen, dem auch hessische Studierendenvertretungen (ASten) angeschlossen sind.

Kommt er durch, behält Roland Koch Recht. Eine solche Amputation sozialer Rechte in allen gesellschaftlichen Bereichen dürfte es im Bundesland Hessen noch nicht gegeben haben. Folgerichtig nennt er die Einschnitte Operation, Operation „Sichere Zukunft“ – im Namen „unserer Kinder“.

Fortsetzung S. 6

Der Markt regiert

In der Theorie bestimmen die BürgerInnen Marburgs über die Angelegenheiten dieser Stadt. In der Praxis schert die Verantwortlichen weder das Grundgesetz noch die Hessische Gemeindeordnung. Die Sirenengesänge der neoliberalen Privatisierungspropheten finden auch in Marburg offene Ohren.

Anstatt aus den kostenträchtigen Fehlern des Softwarecenters zu lernen, wird Stück für Stück die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt und untergraben. Vorgebliche Sachzwänge (wahlweise zukünftige EU-Richtlinien mit unbekanntem Inhalt, der drohende Wettbewerb oder der betriebswirtschaftliche Kostendruck) müssen als Begründung herhalten, immer mehr kommunale Aufgaben an privatrechtlich organisierte Unternehmen der Stadt zu übertragen. Demokratische Kontrolle, Mitbestimmung und menschliche Solidarität bleiben dabei auf der Strecke.

Kurz vor den Sommerferien wurde klammheimlich und ohne Not im Magistrat beschlossen, die Buslinien bis zum Ende des Jahrzehnts bündelweise auf den Markt zu werfen.

Bei den privatisierten Stadtwerken werden neue MitarbeiterInnen nur noch mit Niedriglöhnen bei eigens gegründeten Tochterfirmen (z.B. MaBuS GmbH) eingestellt. Erträge verbleiben, wie auch bei der GeWoBau und der Sparkasse, im Unternehmen anstatt dem Haushalt zur Verfügung zu stehen.

Jüngstes Opfer der Deregulierer ist die Stiftung St. Jakob, die bereits letztes Jahr den Arbeitgeberverband verlassen hat. Mit vertrauten, neoliberalen Parolen wie „Verbesserung der Wirtschaftlichkeit“, und „Behebung der strukturellen Steuerungsprobleme“ wird der altherwürdigen gemeinnützigen Stiftung ein marktkonformes Outfit verpasst. Die „Altenhilfe GmbH“ und die „Marburger Service GmbH“, sollen zur Führung des „operativen Geschäfts“ in Windeseile gegründet werden. Das Schema ist bekannt: Es soll sich rechnen, nicht auszahlen. So wird die Leiterin der Stiftung Geschäftsführerin – vermutlich mit erhöhten Bezügen –, die Beschäftigten erhalten bei entsprechendem Widerstand des Personalrates Bestandsschutz, neue Beschäftigte bekommen geringeren Lohn, und die zu betreuenden Menschen werden Wirtschaftsobjekte und Kostenfaktoren.

Es ist an der Zeit, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Die Welt ist keine Ware! Eine andere Welt ist möglich.

Hans-Joachim Zeller

wann & wo

attac Marburg – Infoabend & Party
Fr | 28.11. | 19.00 Uhr | Café Trauma

Öffentliche PDS-Versammlung
Di | 2.12. | 19.30 Uhr | PDS-Büro

Folgen der hessischen Haushaltspolitik für die Kommunen

Referent: Eberhard Dähne, PDS-Stadtverordneter aus Frankfurt
Veranstalterin: Linke Fachschaft 03
Mi | 3.12. | 20.00 Uhr | Hörsaalgebäude

Privatisierung: Der Ausverkauf des Gemeinwesens

attac-Veranstaltung mit Dominik Fette
Mi | 3.12. | 20.00 Uhr | Infozentrum Eine Welt, Markt 7

Treffen der Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg“

Mi | 10.12. | 18.00 Uhr | DGB, Liebigstr. 21

Arbeitslose werden zur Selbstunterwerfung gezwungen

Referent: Frank Rentschler, AG Arbeitsmarkt und Soziales von attac Marburg
Veranstalterin: Linke Fachschaft 03
Mi | 10.12. | 20.00 Uhr | Hörsaalgebäude

Öffentliche PDS-Versammlung
Di | 6.1. | 19.30 Uhr | PDS-Büro

Armut und Reichtum: Ursachen und Folgen sozialer Polarisierung

Referent: Michael Klundt (Uni Köln)
Veranstalterin: Linke Fachschaft 03
Mi | 21.1. | 20.00 Uhr | Hörsaalgebäude

Stadtverkehr der Zukunft

Referent: Prof. Heiner Monheim (Trier)
Veranstalter: Zentrum für Konfliktforschung
Mo | 9.2. | 18.30 | Hörsaalgebäude

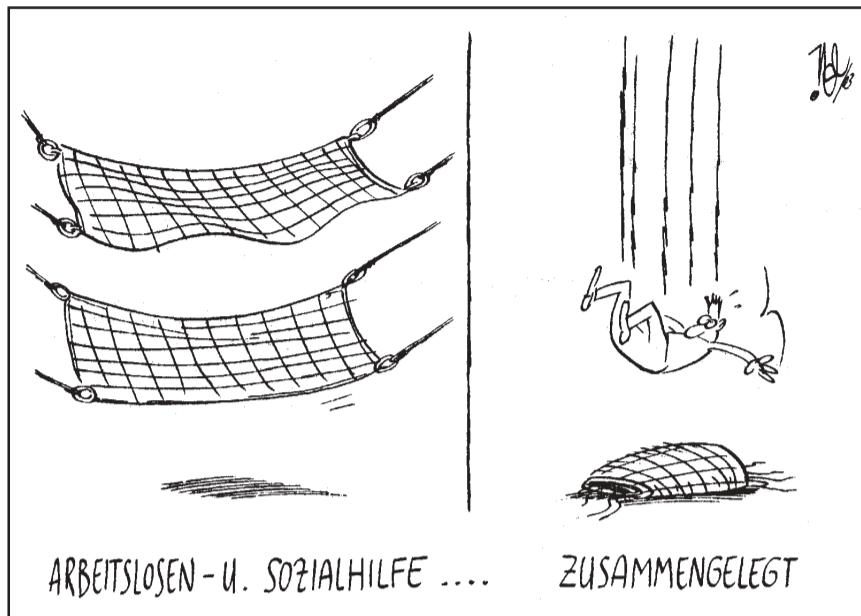
Regelmäßige Termine:

AG Kreispolitik der PDS
Montags | 20.00 Uhr | PDS-Büro

Treffen PDS/Marburger Linke
Donnerstags | 20.00 Uhr | PDS-Büro

Gehorsam wird belohnt

Bundesverwaltungsrichter sieht bei Hartz IV Grundgesetz verletzt



Auszug aus der Rede von Frank Rentschler (attac Marburg) auf der Demonstration der „Aktion Soziale Gerechtigkeit“ am 10. Oktober

„Arbeitslose werden zur Selbstunterwerfung gezwungen“. So titelte am 9. September die Saarbrücker Zeitung. Der Artikel bezog sich auf ein Rechtsgutachten, das der Richter am Bundesverwaltungsgericht Uwe Berlit anlässlich des Entwurfs des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (bekannt unter dem Schlagwort Hartz IV) geschrieben hatte. Der Richter stellte dabei fest, dass der Gesetzentwurf an mehreren Punkten gegen das Grundgesetz verstößt und als verfassungswidrig einzuschätzen ist.

Seine Ausführungen bezogen sich zum größten Teil nicht auf die Leistungskürzungen, obwohl er sich damit auch beschäftigt. So stellt er fest, dass das neue Arbeitslosengeld II keineswegs auf dem Niveau der bisherigen Sozialhilfe liegt, sondern diese unterschreitet. Die Mängel der bisherigen Sozialhilfe werden nicht

überwunden, sondern vergrößert, so dass die Leistung keine armutsfeste Grundversicherung mehr ist, und damit gegen das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes verstößt. Das liegt an den Pauschalierungen, bisher am individuellen Bedarf ausgerichteten zusätzlichen Leistungen, die unterschiedlichen Lebenslagen nicht gerecht werden und, da selbst Härtefallregeln fehlen, dazu führen werden, dass viele Menschen von dem ausgezahlten Geld nicht leben können. Hinzu kommt, dass die ohnehin zu niedrige Leistung unter Finanzierungsvorbehalt steht und per Erlass des Finanzministeriums jederzeit verändert werden kann.

Doch das Hauptproblem des Gesetzesentwurfs sieht der Jurist trotzdem nicht in den Kürzungen. Für mindestens eben so gravierend hält er die Bedingungen, unter denen die ohnehin zu niedrige Stütze überhaupt noch bezogen werden kann. Die Leistung ist nämlich keine verbindlich zu gewährende Versicherungsleistung mehr, sondern wird nur ausgezahlt, wenn eine hinreichende Arbeitsbereitschaft nachgewiesen wird. Was hinreichend ist bestimmt jedoch einzig und allein ein Fallmanager beim Arbeitsamt. Und der ist in seinen Entscheidungen völlig frei. Das liegt daran, dass es fast keine Kriterien für zumutbare Arbeit in diesem Gesetz gibt. Um die Folgen klar zu machen, will ich aus dem Rechtsgutachten zitieren. Berlit schreibt: „Die Gründe, die Unzumutbarkeit ausschließen, sind so weit gefasst, dass auch objektiv willkürliche, fachlich sinnwidrige oder solche Eingliederungsleistungsangebote, die vertretbare und erfolgversprechende Eigenplanungen konterkarieren, zumutbar sind. Gerät er an einen fachlich nicht hinreichend qualifizierten oder überforderten Fallmanager, trägt allein der erwerbsfähige Hilfebedürftige das Risiko.“

Damit hat Berlit den Punkt benannt, der den Kern der sogenannten „Reformen“ ausmacht, die derzeit in Berlin geplant werden. Es geht wirklich nicht nur darum, dass aufgrund von Kürzungen weniger soziale Leistungen zur Verfügung stehen. Zentral ist, dass diejenigen, die die verbliebenen Angebote zukünftig noch in

Anspruch nehmen, bevormundende Verhaltenskontrollen über sich ergehen lassen müssen, die Hilfe nicht mehr als verbindlichen Rechtsanspruch sondern nur noch als Belohnung für ihren Gehorsam erhalten und sie ihnen jederzeit willkürlich entzogen werden kann.

In der Logik des Gesetzesentwurfs ist die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Hilfesuchenden auf ein Minimum zu reduzieren, sie sollen vorwiegend als Problemfälle behandelt werden, die zu kontrollieren, zu erzwingen und unabhängig von ihren Wünschen zu jeder Beschäftigung zu nötigen oder, wie es so schön im Jargon der neuen Sozialdemokratie heißt, zu „aktivieren“ sind. Dahinter steckt die Konzeption des „aktivierenden Staates“, das autoritäre Politikkonzept von Rot-Grün, das seinesgleichen sucht.

Frank Rentschler

Veranstaltungshinweis:

Studiengruppe am Institut für Politikwissenschaft (Hauptseminar):

Arbeitszwang als soziale Wohltat. Zur Sozialpolitik des aktivierenden Staates.
Do., 18-20 Uhr (seit 23. Okt.), Block B, Raum 302 (Phil-Fak) (vorbereitet vom AK Arbeitsmarkt und Soziales von attac)

Fortsetzung von S. 1

Armutszeugnis

Die bürgerliche Zählgemeinschaft lehnt den Entwurf wegen seiner unrealistischen Planung ab. SPD, Grüne und CDU verständigten sich im Haupt- und Finanzausschuss soweit, dass auch die CDU-Fraktion dem Haushalt und den sozialen Verschlechterungen zustimmt.

So wird zum Beispiel der Stadtpass zwar nicht ganz abgeschafft, aber die Leistungen werden deutlich eingeschränkt. Bisher konnten StadtpassinhaberInnen zwei Kurse der Volkshochschule pro Semester kostenfrei besuchen. Dies wird durch einen Zuschuss von 30 % der Kosten für einen Kurs ersetzt, somit eine Kürzung von ca. 350 Euro pro Jahr und Person. Die Kürzung der Stadtpasszuschüsse für Busfahrkarten beträgt im Mittel 35 %.

Die Erhöhung der Kindergartengebühren wurde ebenfalls abgesegnet. Ob um 15 Euro (CDU-Vorschlag) oder 19 Euro (Vorschlag von Rot/Grün) bleibt der Abstimmung im Stadtparlament am 19. Dezember überlassen.

Als Fazit der bisherigen Haushaltsberatungen ist festzuhalten: Punktuell zeigt sogar die CDU eine sozialere Ader als die Koalitionsmehrheit, auch wenn sie wie jedes Jahr mit der ideologischen Kettensäge soziokulturelle Einrichtungen zurechtstutzen will. Rot/Grün in Marburg verfolgt dieselbe politische Linie wie die Bundesregierung und Roland Koch, nämlich Haushaltsausgleich durch Kürzungen vor allem im Sozialbereich zu Lasten von Armen, Kindern, Jugendlichen, Arbeitslosen und alten Menschen. Die Bürgerinnen und Bürger haben noch fünf Wochen Zeit zu zeigen, was sie von dieser Politik halten.

Hajo Zeller



Lyrik und Rock, Lungenwurst und Soljanka

Mitwirkende: Jürgen-Helmut Keuchel, Matthias Steiger, Carsten Beckmann, Peter Pollenske
Am 23. und 30. November, 20.00 Uhr, im Auflauf, Steinweg 1

Mehreinnahmen statt Kahlschlag

PDS/Marburger Linke will Unternehmen stärker zur Kasse bitten



Marburger Linke im Stadtparlament

Die geplanten Verschlechterungen im Sozialhaushalt der Stadt hält die Fraktion PDS/Marburger Linke für unbegründet. „Geld wäre genug da“, meint Fraktionsvorsitzender Henning Köster nach der Haushaltsklausur seiner Fraktion.

Weder die Streichung des Sozialpasses noch die Erhöhung der Kindergartengebühren um 25 Prozent seien erforderlich. „Wir halten es sogar für möglich, dass die Kürzungen des Landes von einer Million Euro bei den freien Trägern durch die Stadt ausgeglichen werden können.“

Allein 1,5 Millionen Euro an Mehreinnahmen will die linke Fraktion durch eine befristete Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 400 auf 420 Punkte und damit auf das Niveau Gießens erreichen.

„Für Unternehmen mit niedrigem Gewinn bedeutet dies keine Mehrbelastung.“ Bis 72.500 Euro werde der Gewerbeertrag gar nicht oder mit einem geringen Satz besteuert. Deshalb hätten im letzten Jahr von 4.332 Marburger Gewerbebetrieben nur 614 Gewerbesteuer zahlen müssen.

Steuerpflichtige Unternehmen würden durch die Erhöhung noch nicht mal ein Prozent ihres Ertrages zusätzlich für den städtischen Haushalt aufbringen müssen. „Das werden sie verkraften können, zumal die Unternehmenssteuern in den letzten Jahren massiv gesenkt wurden.“

Die Behauptung, dass Unternehmen dann in Kommunen mit niedrigeren Steuersätzen flüchten würden, hält die PDS/Marburger Linke nicht für stichhaltig.



Der grüne Sozialdezernent Kahle (links neben Bürgermeister Vaupel) konnte sich mit seinen Sozialkürzungen weitgehend durchsetzen

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass der größte Gewerbesteuerzahler, die Deutsche Vermögensberatung der Pohl-Familie, deshalb ihren Firmensitz verlegen wird“, meint Henning Köster. Diese müsste nach einer Erhöhung des Hebesatzes mit einem Gewinn von 42,5 Millionen Euro statt von 43 Millionen (2002) auskommen. „Das wird DVAG-Chef Reinfried Pohl, der laut Manager-Magazin über eine halbe Milliarde Euro sein eigen nennt, besser verkraften als die meisten Eltern die Erhöhung der Kindergartenbeiträge und Arbeitslose den Verlust des Stadtpasses.“

In einer Erhöhung der Gewinnausschüttung der städtischen Unternehmen sieht die PDS/Marburger Linke eine weitere Möglichkeit die Einnahmen der Stadt zu verbessern. Statt mit 670.000 Euro sollen die Stadtwerke mit 2 Millionen zur Kasse gebeten werden. „Dies ist vertret-

bar, denn sie haben in den letzten drei Jahren insgesamt 7,4 Millionen Euro an Gewinnen erzielt.“

Die geplante Ausschüttung der Sparkasse an die Stadt in Höhe von 314.000 Euro will die linke Fraktion ebenfalls aufstocken. Stadt und Kreis, die Gewährsträger der Sparkasse, sollten darauf drängen, die Ausschüttung auf das gesetzlich möglichste Niveau von 50 Prozent des Bilanzgewinns zu erhöhen. Damit hätte die Stadt 700.000 Euro mehr in der Kasse.

Außerdem strebt die PDS/Marburger Linke eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen des Landes um mindestens 700.000 Euro an. Dies soll durch eine mehrmonatige Erstwohnsitzkampagne erreicht werden (s.u.).

Zusammen mit den 100.000 Euro, die

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie wurde 2001 mit 6,4 % der Stimmen viertstärkste Fraktion im Stadtparlament.

PDS/Marburger Linke, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 163873, Fax: 175618
E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

Stadtverordnete

Henning Köster, Tel. 65752
Eva Chr. Gottschaldt, Tel. 961961
Astrid Kolter, Tel. 979145
Pit Metz, Tel. 682336

die PDS/ML beim Straßenbau und den 150.000 Euro die sie in der Verwaltung (bei Porto, Bürobedarf, Telefon und EDV) einsparen will, könnten somit insgesamt 4,6 Millionen Euro locker gemacht werden.

Soziales hat Vorrang: Vorschläge der PDS/Marburger Linke

Mehrausgaben gegenüber dem Haushaltsentwurf der Stadt Marburg (in Euro)

| | |
|--|---------|
| Rücknahme aller Kürzungen und Inflationsausgleich für freie Träger | 70.000 |
| Ausgleich für Kürzungen des Landes Hessen | 950.000 |
| Erhaltung des Stadtpasses und Mehrbedarf durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe | 450.000 |
| Keine Mittelkürzungen im Bereich der Gemeinwesenprojekte | 65.000 |
| Wegfall der Erhöhung der Kitagebühren | 277.000 |
| Rücknahme der Mittelkürzung bei der Altenbetreuung | 58.000 |
| Keine Mittelkürzung für die Erneuerung von Kinderspielflächen | 150.000 |
| Ansatz der Mittel für Kindergartenaußenanlagen in Höhe des Vorjahres | 50.000 |
| Keine Streichung der Investitionsmittel für Bolzplätze | 100.000 |
| Keine Kürzung der Förderung von Ausbildungsplätzen (Jugendberufshilfe) | 35.000 |
| Keine Anhebung der Teilnahmeentgelte für Kinder- und Jugendberufshilfe | 10.000 |
| Erhalt und Ausbau des Haushaltsansatzes für den Lärminderungsplan | 10.000 |

Prämien für Neubürger

PDS/ML will durch Erstwohnsitzkampagne Stadtsäckel auffüllen

Die PDS/Marburger Linke will durch eine Werbekampagne der Stadt erreichen, dass mehr Menschen sich mit ihrem Hauptwohnsitz in Marburg anmelden. „Der Stadt entgehen Zuweisungen des Landes im siebenstelligen Eurobereich, weil viele BürgerInnen, die mit einem Zweitwohnsitz gemeldet sind, es versäumen sich umzumelden, obwohl sie ihren Lebensmittelpunkt hier haben“, erklärte Fraktionsvorsitzender Henning Köster.

Die PDS/Marburger Linke begrüßt es, dass die ursprünglich geplante Streichung des Zuschusses für das Semester ticket zurückgenommen wird. Der Anreiz sich mit Erstwohnsitz in Marburg anzumelden wäre noch geringer geworden.

Nach den neuesten Angaben des Amtes für Stadtentwicklung beläuft sich die Zahl der Menschen mit Zweitwohnsitz in Marburg auf 9.207. Das ist fast doppelt so hoch wie zum Zeitpunkt der Volkszählung 1987 als nur 5.058 gezählt

wurden. „Mit einem Anteil der Nebenwohnsitze von über zehn Prozent an der gesamten Stadtbevölkerung nimmt Marburg eine Spitzenstellung ein“, meint Stadtrat Nico Biver. In den meisten Universitätsstädten ist der Anteil erheblich niedriger. In Münster beträgt der Anteil der Nebenwohnsitze nur fünf Prozent. In Mainz, Göttingen, Paderborn, Darmstadt, Jena, Trier und Potsdam sind es zwischen 6 und 8 Prozent.

„Es dürfte keine allzu große Mühe bereiten, mindestens 2000 Menschen dazu zu bewegen, sich umzumelden“, erklärte Henning Köster. Jede Neuanmeldung wür-

de etwa 350 Euro mehr an Schlüsselzuweisungen in den Stadtsäckel bringen.

Die PDS/Marburger Linke ist der Meinung, dass es nicht nur darauf ankommt, Neuankömmlinge in Marburg davon zu überzeugen, hier ihren Hauptwohnsitz zu nehmen. „Viele Menschen haben am

Anfang gute Gründe sich mit einer Zweitwohnung anzumelden. Oft verschwinden diese mit der Zeit, aber weil vielen das Stadtbüro zu weit draußen liegt, wird die Ummeldung aufgeschoben.“

Die linke Fraktion schlägt deshalb eine auf drei Monate befristete Erstwohnsitzkampagne vor, die sich an alle Menschen mit Zweitwohnsitz richten soll, die länger als ein Jahr in Marburg leben. Teil dieser Kampagne wäre eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit, eine persönliche Kontaktaufnahme mit allen Zielpersonen, und eine Prämie von 100 Euro für alle, die sich ummelden. Es ist aber auch vorstellbar, dass Menschen, die andere davon überzeugen, sich umzumelden, belohnt werden.

Charly Gaul



Erst wurde das Bad durch einen Bus, dann durch einen Kleintransporter bedient, jetzt wird die Verbindung ganz eingestellt. Dazu passt, dass die geplanten Parkgebühren entfallen.

Uni und Region

An der Philipps-Universität geht es gerade drunter und drüber, vorzugsweise drunter. Präsident Kern stellt sich nicht zur Wiederwahl, nachdem klar wurde, dass er ohnehin durchfallen würde. Vizepräsident Voit wurde schon vor längerer Zeit abgewählt. Kanzler Höhmann gilt als angeschlagen, weil er ein Millionenloch im Haushalt nicht bemerkt hat.

Das alles sieht nicht gut aus. Überdies hat die Uni ihr Formtief in einem ungünstigen Moment. Wissenschaftsminister Corts betreibt offen die Fusion von Teilbereichen der Universitäten Gießen und Marburg. Die Philipps-Universität musste schon den Fachbereich Geowissenschaften und das Institut für Heil- und Sonderschulpädagogik abgeben. Zusammenschlüsse in den Kliniken von Gießen und Marburg werden vorbereitet.

Für die hiesige Region wäre es nicht gut, wenn durch diese Prozesse Arbeitsplätze an der Philipps-Universität verloren gingen. Ihre politischen Vertreter(innen) sollten sich ein bisschen anstrengen, nach Möglichkeit mitzusteuern.

Es gibt ein Gremium, in dem das möglich wäre: den Hochschulrat. Er wird vom Wissenschaftsministerium berufen und ist ein strategisches Beratungsorgan. Zur Zeit ist er das einzige funktionierende Gremium an der Uni-Spitze. Von seinen sieben Mitgliedern kommen vier aus dem Management oder den Stiftungen von Großunternehmen: Aventis, Bertelsmann, Siemens, VW. Die drei restlichen sind: der ehemalige Uni-Präsident Kröll, die frühere Wissenschaftsministerin Mayer und der Philosoph Mittelstraß. Vertreter der Region oder gar der Gewerkschaften fehlen.

Die PDS-Fraktion hat folgenden Antrag gestellt: „Der Kreisausschuss wird aufgefordert, im Benehmen mit dem Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg im Hessischen Wissenschaftsministerium darauf hinzuwirken, dass dem Hochschulrat der Philipps-Universität baldmöglichst eine Vertreterin oder ein Vertreter der Region Marburg-Biedenkopf angehört.“

Mal sehen, was daraus wird.

Georg Fülberth

Kontrolle ist besser

Etwa zwanzig Beschlüsse fasst das Stadtparlament allmonatlich. Der Magistrat soll sie ausführen. Oft erfahren die FreizeitpolitikerInnen nichts davon, ob, wann und in welchem Umfang sie umgesetzt wurden. Die PDS/ML hat deshalb beantragt, dass der Magistrat künftig über die Umsetzung der Beschlüsse regelmäßig berichten soll. Der Magistrat hat versprochen, dass das künftig über das „Parlamentsinformationssystem“ im Internet möglich sein wird.

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgeber: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel.: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortlich), Florian Fuchs, Hajo Zeller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Wetzlar Druck GmbH

Redaktionsschluss: 16.11.2003

Zebrastreifen, eine Ampel und ein verletztes Kind

Zwei Sachverhalte und ein dritter in der Georg-Voigt-Straße

„Durch die Reihe der wartenden Autos lief gegen 14.15 Uhr ein siebenjähriger Schüler auf die Fahrbahn. Der Junge wurde von einem Auto erfasst und zog sich schwere Kopfverletzungen ... zu.“ Mit diesen Zeilen beschrieb die „Oberhessische Presse“ am 16. September eine für Marburg – wie für viele Städte – typische Straßenverkehrsszene: Ein Kind versucht von einer auf die andere Straßenseite zu kommen. Parkende oder im Verkehr stehende Autos versperren ihm die Sicht. Das Kind versucht es trotzdem, denn weder ein Zebrastreifen noch eine Ampel sind in der Nähe.

Hätte das Kind in der Universitätsstraße vor dem Kaufhaus Ahrens die Straßenseite wechseln wollen, wäre das gefahrlos möglich gewesen. Es hätte sogar

die Wahl zwischen zwei Ampeln treffen können, die keine 30 Meter Entfernung trennen. Obwohl der Kreuzungsbereich an der Gutenbergstraße bereits ampelgeregelt ist, ließ sich Peter Ahrens nicht lumpen. Zur Freude Herrn Möllers, unseres Oberbürgermeisters und obersten Chefs der Straßenverkehrsbehörde, spendierte er eine Ampel, die die Fußgänger jetzt punktgenau und ohne Verzögerung vor den Haupteingang lotst. Interessant ist dieser Sachverhalt nicht deshalb, weil die Ampelanlage von einem Bürger finanziert wurde, oder weil der Herr Oberbürgermeister sie an dieser Stelle genehmigte. Er ist bemerkenswert, weil unser oberster Straßenwächter sich ansonsten weder vom Parlament noch von fußgängerfreundlichen Argumenten leiten lässt,



Pit Metz (links) mit den Fraktionsmitgliedern der PDS/ML Henning Köster und Astrid Kolter

Nachgefragt

Weniger gemeinnützige Arbeit

Gemeinnützige Projekte sind nicht nur durch die Kürzungen von Land und Stadt bedroht. Auch wird ihnen in Zukunft kaum noch Personal zur Verfügung stehen, das durch das Arbeitsamt oder die Stadt finanziert wird. ABMs sind bereits abgebaut worden. Jetzt droht ein massiver Einbruch durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Nach § 19 des Bundessozialhilfegesetzes war es den Kommunen möglich, SozialhilfeempfängerInnen eine gemeinnützige Arbeitsstelle – in der Regel für ein Jahr – zu finanzieren. Wenn sie nicht im ersten Arbeitsmarkt unterkamen, lagen sie nach Ende der Beschäftigung nicht mehr dem Sozialamt, sondern dem Arbeitsamt auf der Tasche.

Durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe entfällt dieser Verschiebeparkplatz, von dem auch gemeinnützige Vereine profitierten.

Eine „kleine Anfrage“ der PDS/ML im

Stadtparlament ergab, dass vor fünf Jahren 294 Personen in Arbeitsverhältnissen nach § 19 BSHG beschäftigt waren. Im letzten Jahr waren es 171 und bis Anfang Oktober dieses Jahres 187.

Mehr Armut

Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden über 3.000 MarburgerInnen beim gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenzahlen auf Sozialhilfeniveau gesetzt oder ohne Leistungen des Arbeitsamtes auskommen müssen.

Eine „kleine Anfrage“ der PDS/ML-Fraktion ergab, dass gegenwärtig 1.453 MarburgerInnen Arbeitslosenhilfe (AlHi) beziehen. 237 von ihnen (497 mit Angehörigen) erhalten sowenig Unterstützung vom Arbeitsamt, dass sie zusätzlich Sozialhilfe bekommen. Ab 1. Juli 2004 wird es den anderen AlHi-BezieherInnen mit ihren Familien ähnlich gehen. Sie erhalten dann Arbeitslosengeld II, das in der Höhe der Sozialhilfe entspricht. Es kann aber auch sein, dass sie völlig leer ausgehen, falls andere Personen im Haushalt verdienen und er dadurch über Sozialhilfeniveau bleibt.

wenn es um die vermeintliche Störung des fließenden Verkehrs geht.

Für die April-Sitzung des Stadtparlamentes beantragte die PDS/ML-Fraktion die Anbringung von Zebrastreifen in der Nähe sämtlicher Bushaltestellen der Georg-Voigt-Straße. Dieser Teil des Ortensbergs ist Wohngebiet und deshalb auch Einzugsgebiet der Brüder-Grimm-Grundschule. Sofern die Kinder auf der Bergseite wohnen, müssen sie auf ihrem Schulweg irgendwann und irgendwie die Georg-Voigt-Straße überqueren, denn auf dieser Seite der Straße gibt es keinen normalen Bürgersteig, den sie Richtung Schule durchgehend benutzen könnten. Wohnen die Kinder auf der Talseite der Straße und benutzen auf dem Nachhauseweg den Bus, stehen sie vor dem gleichen Dilemma. Da auf der Talseite aber durchgehend seitlich parkende Autos stehen, herrscht dort eine Situation, die der oben beschriebenen Ockershäuser Unfallsituation ähnelt. Fast täglich kommt es zu sogenannten Beinahe-Unfällen. Es wäre also ein Leichtes, in der Nähe der jeweiligen Bushaltestellen ein paar weiße Streifen zu malen, um den Kindern sagen zu können: „Hier geht's lang!“ und den Autofahrern zu signalisieren: „Vorsicht! Fußgänger kreuzen die Fahrbahn!“

Wer aber so einfach denkt, kennt die Marburger Politverhältnisse nicht. Der Herr Oberbürgermeister ließ die Ausschussmitglieder zunächst einmal wissen, dass der Ausschuss beschließen könne, was er wolle; er werde von seinem Veto-Recht als Straßenbehördenchef Gebrauch machen. „Aufbegehrend“ verlangte der beratende Ausschuss mit seiner rosa-grünen Mehrheit zunächst mal eine Vor-Ort-Begehung unter Einbeziehung zahlreicher Mitarbeiter der Behörden: Straßenbauamt, Stadtverwaltung, Schulleitung der Brüder-Grimm-Schule – viele waren geladen und gekommen: nur die Rosa-Grünen fehlten. Von den abstimmungsberechtigten Parlamentariern waren lediglich der CDU-Vertreter Lohse und Pit Metz (PDS/ML) als Antragsteller vertreten. Ergebnis der Begehung und des drei Monate später erneut tagenden Ausschusses war: Zählung des durch die Georg-Voigt-Straße strömenden Verkehrs zu Spitzenzeiten (während der Schul- und Vorlesungszeit). Einen Zebrastreifen kann es nur dann geben, wenn zu Spitzenzeiten eine Mindestanzahl von Autos fährt und eine Mindestanzahl von Fußgängern gleichzeitig die Straßenseite wechseln will. Da sind unsere deutlichen Vorschriften gründlich. Darüber hinaus ließ ein Mitarbeiter der Verwaltung uns Parlamentarier wissen, dass „ein Zebrastreifen eine Sicherheit vortäuscht, auf die die Kinder sich nicht verlassen sollen. Ein Zebrastreifen ist deshalb für Kinder besonders gefährlich.“

Logischerweise wären dann Ampelanlagen ja geradezu eine Einladung zum Unfalltod, denn sie suggerieren eine noch größere Sicherheit.

Ginge es nicht um eine ernste Angelegenheit, nämlich die Sicherheit unserer Schulkinder, – die PDS/ML müsste zynischerweise für die Abschaffung sämtlicher Verkehrsschilder, Verkehrsregelungen, Verkehrsgesetze, Ampelanlagen, Zebrastreifen plädieren.

Bis es so weit ist, fordern wir Zebrastreifen. In der Georg-Voigt-Straße und auch anderswo. Wir berichten weiter.

Pit Metz

Sale-and-Lease-Back geplatzt

Mit Steuertricks wollte der Landkreis der Finanzmisere entrinnen

Ein Schnäppchen von einigen Millionen Euro wollte sich Landrat Fischbach nicht entgehen lassen. Weil die politisch Verantwortlichen im Bund nicht in der Lage sind ihre Hausaufgaben zu erledigen (Beschluss des Bundesfinanzhofes vom 22. Mai 2002 – II R 61/99, Gleichbewertung von Geld- und Immobilienvermögen), wollte sich auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf an den asozialen Praktiken beteiligen, erhebliche Summen an Schenkungs-, Erbschafts- und Erbersatzsteuern dem hessischen Landeshaushalt zu entziehen. Landrat Fischbach und die ihn unterstützende Koalition von Schwarz/Gelb/Grün/Farblos waren auf dem Weg, einen weiteren Schritt weg vom Gemeinwohl, hin zum Wohl der Reichen und Superreichen zu tun.

Anstatt sich laut und deutlich für eine Gemeindefinanzreform einzusetzen, die diesen Titel verdient, indem die Basis der Steuerpflichtigen verbreitert wird und Zinsen, Mieteinnahmen und Leasingbeiträge dem Gewerbeertrag zugerechnet werden, verfolgten der Landrat und die ihn unterstützende Koalition unbeirrt den unseligen Weg der Anhäufung privaten Reichtums auf Kosten der Allgemeinheit.

Hajo Zeller, einer der Sprecher der PDS Marburg-Biedenkopf, erklärte dazu: „Die Kasse leer, Haushaltsberatungen vor der Tür, das Tafelsilber fast verschleudert, von Bund und Land im Stich gelassen, wer will es Landrat Fischbach verdenken, wenn er nach Strohhalmen greift. Sale-and-lease-back nennen die trickreichen Tüftler und Bastler in den Diensten des großen Geldes ihr Verfahren. Das Angebot: Der Landkreis überlässt für eine begrenzte Zeit, elf oder zwölf Jahre, den kreiseigenen Immobilienbestand auf dem Papier, sozusagen pro forma, einem Anderen und erhält dafür 6 bis 8 Millionen Euro. Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich“.

Der Trick: Es gibt Menschen, die haben einfach zu viel Geld. Deshalb gründen sie eine Stiftung. Das Bargeld der Stiftung wird in Immobilienwerte umgetauscht. Dies spart Steuern (s.o.). Nico Biver, Mitglied des Magistrats der Stadt Marburg, erklärt dazu: „Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man eigentlich lachen. Abgespeist mit einem einstelligen Millionenbetrag, wollten die Verantwortlichen im Landkreis einer unbekanntenen Gruppe von sehr reichen Menschen dabei helfen, dem hessischen Fiskus, an dessen Tropf der Landkreis hängt, einen Betrag zwischen 70 und 80 Millionen Euro vorzuenthalten“. Sven Siggelkow von attac Marburg erklärte in der MNZ: „Dies ist ein ungeheuerlicher Skandal. Wir denken, dass die den Gemeinden und



Die Immobilien des Kreises sollten dafür genutzt werden, dem Land Steuergelder von 70-80 Mio. Euro zu entziehen

Landkreisen zufließenden Finanzmittel erhöht werden müssen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Sale-and-lease-back-Geschäfte sind jedoch der falsche Weg“.

Dies sahen auch die sogenannten „In-

vestoren“ ein. Sehr zum Bedauern von Landrat Fischbach, der von einem „Bärendienst“ gegenüber dem Landkreis sprach, verloren die Steuervermeider aufgrund der „negativen öffentlichen Diskussion“ die Lust an dem Millionendeal.

Lange Leitung

Seit 2002 prüft der Kreis, was er vom Hessischen Wassergesetz halten soll

Im November 2002 hatte die PDS-Fraktion im Kreistag folgenden Antrag gestellt:

„Der Kreisausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für die Rücknahme folgender Änderungen im Hessischen Wassergesetz vom 26. Juni 2002 einzusetzen:

- Abschaffung der ‚Fünf-Meter-Uferstrandstreifen‘ (§ Abs. Abs. 2),
- Abschaffung der Genehmigungspflicht für Baumaßnahmen im Überschwemmungsgebiet innerhalb geschlossener Ortschaften (§ 70 Abs. 2 Satz 1).

Der Kreisausschuss wird darüber hinaus aufgefordert, in den Kommunalverbänden dahingehend zu wirken, dass sie im gleichen Sinne tätig werden.“

O weh, da waren die Grünen aber wieder einmal in der Bredouille! Ihre Landtagsfraktion hatte nämlich gegen das Hessische Wassergesetz gestimmt. Im Kreistag mussten sie, wie immer, vor der CDU kuschen. Die war aber großzügig: sie genehmigte ihren grünen Juniorpartner(inne)n, dass man einen Antrag beschloss, wonach erst einmal die Auswirkungen dieses Gesetzes geprüft werden sollten.

Im Dezember stellten wir eine Kleine

Anfrage, was denn die Prüfung ergeben habe. Antwort: So schnell gehe das nicht. Erst im Frühsommer seien Ergebnisse möglich.

Es war nicht Hochsommer, sondern Herbst 2003, als Landrat Fischbach seinen Bericht vorlegte. Dort gestand er ein, er wisse immer noch nichts. Auch kam heraus, dass er erst im Juni 2003 eine Anfrage an die Gemeinden geschickt hat. Von ihnen erfuhr er, es seien noch keine Bauanträge für hochwassergefährdete

Salomonisch

Die PDS-Fraktion hatte im Kreistag einen Entschließungsantrag zum Irakkrieg gestellt. CDU und Grüne lehnten im April ab, ihn überhaupt zu diskutieren, und setzten ihn von der Tagesordnung ab. Wir erhoben Einspruch beim Regierungspräsidenten. Macht das Beispiel von CDU und Grünen Schule, dann kann nämlich in Zukunft jede Mehrheit des Kreistages alle Anträge der Minderheit ohne Aussprache von der Tagesordnung absetzen.

Der Regierungspräsident nahm sich Zeit. Dann antwortete er, dass er nicht



PDS Fraktion
im Kreistag

Bei den Kommunalwahlen vom 18.3.2001 errang die PDS 2,4 % der Stimmen und zwei Sitze im Kreistag Marburg-Biedenkopf.

Fraktion der PDS im Kreistag
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 163873, Fax: 175618
E-mail: pds-marburg@t-online.de

Kreistagsabgeordnete

Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende
Tel. 06421-9175791

Georg Fülberth, Tel. 06421-26171

Timm Zwickel von attac Marburg begrüßte das Scheitern: „Unser Engagement hat gezeigt, dass fundierte Kritik und öffentlicher Druck etwas bewirken kann“. Und Anna Hofmann, die Fraktionsvorsitzende der PDS im Kreistag freute sich darüber, dass „offensichtlich kritische Öffentlichkeit in diesem Staate nicht wirkungslos ist, auch wenn die fehlende Vorabzustimmung der Oberfinanzdirektion Frankfurt den Entschluss der Investoren ebenfalls stark beeinflusst haben dürfte“.

Frank Obersinn

Plätze gestellt worden. Seiner Meinung nach sei die Sache mit dem Hessischen Wassergesetz auch gar nicht so schlimm, denn schließlich könnten die Kommunen Bauanträge ja auch ablehnen.

Wir wollten in der Diskussion vom Landrat wissen, welche konkrete Frage er denn an die Gemeinden gerichtet habe. Er wurde leicht rot und erklärte, bei Gelegenheit wolle er uns seinen Brief einmal zeigen.

Da Robert Fischbach inzwischen immer noch nicht von seiner langen Leitung heruntergestiegen ist, wurde unser Antrag wieder einmal vertagt – jetzt bis März 2004. Offenbar hofft Robert Fischbach, dass bis dahin ein Herbst- oder Frühjahrshochwasser Klarheit schafft.

Georg Fülberth

wisse, was er antworten solle. Zwar liege ein Urteil eines Oberverwaltungsgerichts in einem ähnlichen Fall vor, in dem einer Minderheitsfraktion Recht gegeben wurde. Aber dieses Oberverwaltungsgericht amtierte in Lüneburg, und man wisse nicht, ob seine Erwägungen auch in Marburg-Biedenkopf Geltung beanspruchen dürften.

Der Regierungspräsident stellte anheim, den Minderheitenschutz in der Geschäftsordnung des Kreistages festzulegen.

Prima Idee. Jetzt wollen wir mal sehen, mit welcher Begründung Grüne und SPD das wieder ablehnen werden.

Frederike Wurm

Kurz & bündig

Abwärtstrend gestoppt

Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg konnte die PDS ihr Spitzenergebnis von 1998 wiederholen. Für PDS-Bundesgeschäftsführer Rolf Kutzmutz, der selbst in Potsdam kandidierte und von allen Bewerbern das höchste Stimmenergebnis erzielte, bedeutet dies, „dass die PDS wieder zunehmend größere Akzeptanz für ihre politischen Alternativen findet.“ Insbesondere die Wahlsiege in Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus, wo sie künftig jeweils die stärkste Faktion stellen wird, machten deutlich, dass die PDS auf ihrem Weg aus der Krise ein gutes Stück voran gekommen sei.

Auch die Umfragen lassen einen deutlichen Aufwärtstrend erkennen. Während Forsa die PDS erstmals seit 2002 wieder bei fünf Prozent sah, und Emnid sie wiederholt dort verortete, näherte sich im November auch Allensbach mit 4,8 % der entscheidenden Hürde.

Wozu die PDS gut ist:

„Schröders Entschluss, sich noch vor jeder UN-Resolution gegen die Entscheidung der Bundeswehr in den Irak auszusprechen, hat ... neben manchen anderen Erwägungen einen innenpolitischen Grund mit drei Buchstaben: PDS. Und diesen Grund kann der Dauerwahlkämpfer Schröder nicht einfach als nachrangig abtun. Vor einem Jahr hat der Bundeskanzler es mit seiner Weigerung, den Irakkrieg zu unterstützen, geschafft, der PDS das Thema Frieden zu entreißen – das einzige Thema, mit dem die PDS noch punkten konnte. In einem Jahr wählen Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage. Würde Schröder Bundeswehrsoldaten in den Irak entsenden, und kämen diese dort unter Feuer, setzte er diesen innenpolitischen Effekt seiner Außenpolitik aufs Spiel.“

Aus: Die Welt, 10.9.2003

PDS-Kanzler – im Internet

Der Bayer Erkan Dinar, 23, PDS-Mitglied, gewann am 9. November die Kanzlerwahl bei dol2day, der größten deutschsprachigen Politiksimulation im Netz mit mehr als 20.000 Mitgliedern, wo alle 4 Monate eine neue Regierung gewählt wird.

Nachdem der letzte – konservative – Kanzler durch ein konstruktives Misstrauensvotum abgewählt und eine Interimsregierung gebildet wurde, gewann Erkan Dinar als Kandidat eines linken Bündnisses nun die regulären Wahlen mit dem Versprechen, mehr Basisdemokratie bei dol2day einzuführen. „Marillion“, wie sich Dinar bei dol2day nennt, konnte in der Simulation überzeugen und den Kandidaten von FDP- und CDU/CSU-nahen Parteien auf den zweiten Platz verweisen.

Im Wahlbündnis für Internetkanzler Marillion hatten sich übrigens sowohl demokratisch-sozialistische als auch sozialdemokratische Internetparteien zusammengefunden. Marillion wurde auch von grünen und kommunistischen Netzparteien unterstützt.

Die von Aachener Studenten entwickelte politische Internetplattform dol2day steht Jedem offen. Zu erreichen ist sie unter: www.dol2day.com.

Fortsetzung von S. 1

Ein Koch verdirbt den Brei

Hessens CDU-Regierung zerspart das soziale Gefüge des Landes

Zugelangt wird zuerst bei den Beamten. Gestaffelt nach Lebensalter soll die Wochenarbeitszeit für Beamte auf bis zu 42 Stunden angehoben werden. Das Urlaubsgeld wird – abgesehen von Ausnahmen – ganz gestrichen, das Weihnachtsgeld gekürzt. Zugleich gilt ab dem Tag der Verkündung (Anfang September) ein genereller Einstellungsstopp. In einem zweiten Schritt sollen die tariflichen Arbeiter und Angestellten an den gleichen Kantaken genommen werden. Was für die Kochregierung die Sache erst einmal einfacher macht, ist das innerhalb der Bevölkerung latente Vorurteil gegenüber Beamten. Und wenn es um die Lufthöhe über den Stammtischen geht, ist Roland Koch bekanntermaßen nicht zimperlich. Dennoch macht er eine Milchmädchenrechnung auf. In der Staatskanzlei spricht man zwar von einem Produktivitätsgewinn von 4750 Stellen. Aber „was nutzt es, die Beamten in der Kämmerlei länger arbeiten zu lassen, wenn bei Kinderbetreuungseinrichtungen Personal fehlt“, fragen Personalräte. Und dass Arbeitszeitverlängerung keinem Arbeitslosen einen Job, dafür aber neue Leidensgenossen verschafft, dürfte sich eigentlich herumgesprochen haben. Aber nicht das ist Kochs Thema. Als Marktradikalinski geht es ihm um die Auflösung der tariflichen Gefüge.

Im Namen „unsere Kinder“ wird außerdem mal eben auch den Lehrern die Wochenarbeitszeit erhöht. Und im Namen ihrer Kinder werden Studierende zur Kasse gebeten; mit Verwaltungsgebühren für alle und Studiengebühren für sogenannte Langezeitstudenten. Sowieso alles Faulenzer? Jeder zweite Fachhochschulabsolvent in Hessen überzieht aus finan-

ziellen Gründen. Soll ihnen in Zukunft der Abschluss weiter erschwert werden? Zurück zu den Universitäten für Gutbetuchte? Koch hatte die Bildungspolitik zum Schwerpunkt der Legislaturperiode erklärt. Nun wird dort abgezockt für die Haushaltssanierung.

Auf dem Marsch der Nullen liegen aber noch weitere Institutionen. Neben der „Mobilisierung von Landesvermögen“ soll mit 127 Millionen Euro der zweitgrößte Sparposten (generell ein Drittel) bei den freiwilligen Leistungen liegen. Hier dreht es sich in der Regel um Einrichtungen, die quer laufen zu den Gesetzen des Marktes: Frauenhäuser, Drogenberatung, Verbraucherschutz, Familien-

und Jugendeinrichtungen. Durch die Beschneidung von personellen und Sachmitteln stehen viele vor dem Aus oder können ihre Aufgaben nicht mehr dem Auftrag gemäß erfüllen. Bleibt nur noch daran zu erinnern, dass wieder einmal die Frauen diejenigen sind, die in der Folge am meisten gebeutelt werden.

In eine ähnliche Richtung geht die geplante Zusammenlegung von Ämtern. Zentralisierung, weg von Menschen, die gesellschaftliche Leistungen in Anspruch nehmen wollen. So handelt es sich bei den Sparvisionen der Landesregierung nicht nur um einen ziemlich phantasielosen Rasenmähschnitt in der sozialen Landschaft. Geld, so die Gewerkschaft ver.di Hessen, wäre da, wenn man es sich denn beschaffen wollte. Nein, der Wahnsinn hat Methode. Hessen soll umgekrempelt werden – nach dem erzkonservativen und zugleich neoliberalen Bild der CDU.

Renate Bastian



Trotz Boykott der Medien und Gewerkschaftsspitzen: 100.000 protestierten in Berlin gegen Sozialabbau

Neue Besen bei Hessen-PDS

Marburger Kreisverband im neuen Landesvorstand stark vertreten

Die Neuwahl des Landesvorstandes und die Auseinandersetzung mit der Politik des sozialen Kahlschlags in Hessen und im Bund standen im Mittelpunkt des Parteitages der hessischen PDS.

Am 27./28. September fand die erste Tagung des 6. Parteitages der hessischen PDS in Wiesbaden-Sonnenberg statt. Die PDS Marburg-Biedenkopf war mit sechs Delegierten angereist. Bei den Neuwahlen wurde mit 95 % der Delegiertenstimmen der Frankfurter Sozialwissenschaftler und Berater für Arbeitsschutz und Arbeitsorganisation Dr. Ulrich Wilken zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ihm an die Seite wurden zwei Stellvertreterinnen, Dr. Monika Brockmann und Astrid Nord, gestellt. Das Trio löste die langjährigen Vorsitzenden Rolf Gensert und Heike Berg ab, unter deren Leitung die PDS mit heute 470 Mitgliedern und 20 kommunalen Mandaten Fuß fassen konnte.

Die PDS Marburg-Biedenkopf ist im 14-köpfigen Landesvorstand durch Inge Sturm und Hajo Zeller vertreten. Inge Sturm sieht den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der

kommunalen Friedenspolitik. Hajo Zeller wird vor allem für die Bereiche Energie- und Verkehrspolitik zuständig sein. Der neue Landesvorstand sieht seine Hauptaufgabe darin, zu zeigen, dass die PDS eine echte Alternative zu den etablierten Parteien darstellt. Dr. Wilken führt aus: „Wir müssen unser Profil in allen landespolitischen Fragen schärfen. Schwerpunkte werden hier einerseits alle Konzepte ge-



Hessens PDS-Chef Wilken und Geschäftsführer Weichler

gen Sozialabbau und gegen die soziale Kälte sein, egal ob sie von der Regierung in Berlin oder Wiesbaden betrieben werden. Und gleichzeitig werden wir weiter gegen die Militarisierung kämpfen, die Kriege zum normalen Mittel der Politik machen.“

Nach ausführlicher Debatte verabschiedeten die Delegierten einstimmig eine Resolution, in der sowohl die Regierung Koch als auch die Bundesregierung wegen ihrer Politik des sozialen Kahlschlags scharf angegriffen werden. Die PDS Hessen verständigte sich darauf, mit allen Menschen innerhalb und außerhalb von Parlamenten zusammen zu arbeiten, die dabei mitwirken wollen, gegen den herrschenden neoliberalen Zeitgeist die Gesellschaft menschlicher zu gestalten. Olaf Weichler, einstimmig wieder gewählter Geschäftsführer sagt dazu: „Der Slogan von attac, ‚Eine andere Welt ist möglich‘ könnte auch über den Zielen des neuen Landesvorstandes stehen. Wir werden daran arbeiten, die Hoffnung auf eine andere, eine bessere Zukunft in mehr Menschen als bisher zu wecken. Wir wollen die Mutlosigkeit, das Gefühl der Ohnmacht, dieses ‚man kann ja doch nichts tun‘ bekämpfen. Wir wollen möglichst viele Menschen erreichen, sie ermuntern, sich zu engagieren, sich einzusetzen für mehr Menschlichkeit, und dies nicht nur theoretisch sondern auch praktisch zu leben.“

Hajo Zeller

AStA wieder links

Jusos und Liberale nach vier Jahren abgewählt



Neo Biber

1.500 Studierende drängten sich am 27. Oktober zur Vollversammlung ins Audimax

Rechtzeitig, um den Kampf gegen die Einführung von Studiengebühren zu organisieren, wurde am 22. Oktober ein neuer AStA gewählt. In ihm sind nach vielen Jahren erstmals wieder die linken Gruppen vertreten.

Der letzte Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) aus Grünen, Jusos, der FDP-nahen LHG und Rosa Liste war wieder einmal kläglich gescheitert. Er wurde daraufhin – ohne Legitimation durch das Studierenden-Parlament (StuPa) – der LHG überlassen. Liberale, Jusos und die CDU-Studentenorganisation RCDS teil-

ten sich die Posten.

Nach den StuPa-Neuwahlen vom Sommer war klar, dass es keine Neuauflage dieses AStAs geben würde. Angesichts der drohenden Studiengebühren durch die CDU-Regierung, kam es jetzt darauf an, eine funktionierende Studierendenvertretung auf die Beine zu stellen.

Eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen beteiligte sich letztendlich an Koalitionsgesprächen. Nach langen, mühsamen Verhandlungen konnten sich Grüne, Fachkraft (Gruppe aus FachschaffterInnen), FFLL (Feministinnen), Dissident (Antifa-Gruppe), Linke Bündnisliste und PDS/Uni-Linke auf ein Konzept einigen, in

dem die Interessen der einzelnen Gruppen berücksichtigt wurden.

Ein Problem blieb noch: Die beteiligten Gruppen hatten keine eigene Mehrheit im 41-köpfigen StuPa. Für die fehlenden Stimmen sorgten zwei Jusos, die bereit waren, diese Koalition zu unterstützen, um einen handlungsfähigen AStA ins Amt zu bringen. Der Seitenwechsel der beiden hatte auch mit dem machtgerigen Verhalten der Juso-HSG zu tun. Sie hatte jahrelang durch Koalitionen mit der LHG die eigene Vorherrschaft im AStA und die Ausgrenzung der linken Gruppen gesichert.

Die Wahl des neuen AStA erfolgte am 22. Oktober: Zur ersten Vorsitzenden wurde Sabine Klomfaß (Fachkraft) gewählt. Sie setzte sich mit 22 Stimmen gegen den Landesvorsitzenden der Jusos Tom Giese durch. Für ihre Wahl sprach vieles. Sie ist als aktive Fachschaffterin seit langem mit Hochschulpolitik vertraut und genießt durch ihre integrative Wirkung das Vertrauen aller Koalitionsgruppen. Außerdem war es höchste Zeit wieder eine Frau an die Spitze zu wählen. Unter Jusos und LHG war dies reine Männersache.

Als Finanzreferent und dritter Vorsitzender wurde Henrik Pilz (Grüne) gewählt. Er ist Volkswirtschaftsstudent und dürfte somit dem Posten gewachsen sein.

Ein kleines Trostpflaster gab es für Jusos, LHG und RCDS bei der Wahl der zweiten Vorsitzenden. Grit Meier (FFLL) fehlte eine einzige Stimme, um gewählt zu werden. Doch die Freude währte nicht lange. Auf der StuPa-Sitzung am 12. November schaffte sie bei der Wiederholung der Wahl die nötige Stimmenmehrheit.

Der Kampf gegen die Studiengebühren steht im Mittelpunkt der Aktivitäten des neuen AStA. Das Vorbereiten gut besuchter Vollversammlungen, und das zur Verfügungstellen von Infrastruktur für Aktionstage, Demonstrationen und Streik-AKs machen deutlich, dass er seine erste Bewährungsprobe bestanden hat. Aber die

Steueroase PDS

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers unwiederbringlich in Castor-Transporte, Eurofighter oder Hindukusch-Abenteuer stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der PDS.

Das wäre nicht nur gut, weil wir gegenwärtig finanziell etwas klamm sind und das Personal stempeln geht. Sie können uns durchaus gewinnbringend Geld zustecken. Wenn Sie Eichel eine Spendenbescheinigung zukommen lassen, erstattet er Ihnen die Hälfte.

Spendenkonto:

PDS Marburg-Biedenkopf

Konto-Nr. 53 12 43

Marburger Bank (BLZ 5339 0000)

neue Koalition belässt es nicht beim Protest gegen den Sozialkassenschlag der Koch-Regierung. Der Topf des AStA für soziale Härtefälle wird aufgestockt und die Sozialberatung soll ausgeweitet werden.

Der neue AStA will außerdem für größere Transparenz sorgen. Deshalb soll u.a. regelmäßig eine Zeitung herausgebracht werden. Der AStA ist zur Zusammenarbeit mit Einzelpersonen und Gruppen über die AStA-Koalition hinaus bereit.

Die PDS/Uni-Linke, die seit langem zusammen mit Professoren und anderen Gruppen unter dem Titel „Intelligenter Frieden“ eine erfolgreiche wissenschaftliche Vorlesungsreihe zu internationalen Konflikten durchführt, geht davon aus, dass diese Reihe jetzt auf finanziell sichere Beine gestellt werden kann.

Thede Eckart

Geld ist genug da

Deutschland ist reich, die öffentlichen Kassen sind leer. Wo ist das Geld?

Landauf landab keine Haushaltsdebatte, kein Zeitungsartikel ohne die Hinweise: Wir leben über unsere Verhältnisse. Alle müssen die Gürtel enger schnallen. Stadt, Land und Bund überbieten sich gegenseitig beim Beschwören der Finanzmisere. Der fette Sozialstaat nimmt angeblich den Tüchtigen die Luft zum Atmen. Also weg damit. Freie Bahn für den Einsatz von Ellenbogen und Wirtschaftsmacht.

Skrupellos wird die Axt an die Wurzeln des Sozialstaates gelegt. „Operation sichere Zukunft“ und „Agenda 2010“, so lauten die Umschreibungen für die größten Angriffe auf die sozialen Errungenschaften. Es ist höchste Zeit die angeblichen Fakten zu entlarven – als Propagandalügen der Mächtigen und Reichen.

Lüge 1: Es ist kein Geld da

Laut dem „World Wealth Report 2003“ besaßen die Bundesdeutschen 8,4 Billionen (8.400.000.000) Dollar an Geldvermögen ohne Haus- und Grundbesitz. 755.000 von ihnen blicken stolz auf mehr als 1 Million Dollar in ihrer Privatschatulle, sei es unter dem Kopfkissen oder auf Bankkonten. Eine Wiedereinfüh-

rung der Vermögensteuer mit Freibeträgen von 500.000 Euro und einem moderaten Steuersatz von 1,5 Prozent brächte die Betroffenen nicht an den Bettelstab, aber den öffentlichen Kassen jährlich einen Betrag von 20 Milliarden Euro. Die Steuern auf Eigentum in der Bundesrepublik Deutschland (Grundsteuer, Erbschaftssteuer u.a.) betragen 0,9 % des Bruttoinlandsproduktes. Hier ist unser Land tatsächlich Schlusslicht im internationalen Vergleich (Großbritannien 3,9 %, Kanada 3,9 %, USA 3,1 %, Japan 2,9 %, Schweiz 2,9 %; Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965-2000).

Lüge 2: Die Steuern sind zu hoch

Laut Berechnungen der Deutschen Bundesbank liegt die Abgabenquote (Verhältnis von Steuern und Sozialabgaben zum Bruttoinlandsprodukt) mit 42,1 % unter dem Durchschnitt der EU-Länder, die Steuerquote wird sogar nur von Spanien unterboten (Quelle: Prof. Peter Bofinger, Klagelieder, in: Frankfurter Rundschau, 21.-28.8.2003). Wahr ist, dass die Normalverdiener durch die Lohnsteuer und Umsatzsteuern den größten Teil der Steu-

ereinnahmen tragen müssen. Ihr Anteil an den gesamten Steuereinnahmen hat sich von 69,2 % im Jahre 1970 auf 80,7 % im Jahre 2001 gesteigert. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Anteil der Unternehmen und Selbstständigen am Steueraufkommen von 30,8 % auf 19,7 % (Quelle: ebenda). Eine Steuerreform, die diesen Namen verdient, sollte hier den Hebel ansetzen, anstatt durch immer neue Steuergeschenke an die Großkonzerne die öffentlichen Kassen zu leeren. So brächen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer – das ist die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften – von 23,6 Milliarden Euro im Jahre 2000 auf minus 0,4 Milliarden Euro im Jahre 2001 ein! (Quelle: Bundesministerium für Finanzen).

Lüge 3: Der Sozialstaat ist zu fett

Von Roman Herzog, dem ehemaligen Bundespräsidenten, bis zu Karl Lehmann, Kardinal in Mainz, reicht die Phalanx der Kritiker des angeblich zu fetten Sozialstaates. Auch hier hilft der Blick auf die Fakten. Seit 1975 liegt die Staatsquote der Bundesrepublik Deutschland, das ist der Anteil der Staatsausgaben (Bund, Länder und Kommunen) am Bruttoinlandsprodukt, nahezu konstant bei 49 %. Schweden (58,9 %), Dänemark (55 %) und Frankreich (54,6 %) haben eine deutlich höhere Staatsquote. Aber auch die Österreicher, Belgier und Finnen (Quel-

le: Bofinger, Klagelieder) geben über den Staatssäckel mehr aus als die Bundesdeutschen. Nur die USA fallen hier deutlich ab, dafür sitzen im Verhältnis zehnmal so viele Amerikaner im Knast wie in der Bundesrepublik.

Die Liste der Lügen und Halbwahrheiten lässt sich beliebig verlängern. Die angeblich zu hohe Sozialhilfe entpuppt sich bei genauem Hinsehen als Märchen. Wer kann und will von 293 Euro im Monat menschenwürdig in dieser Gesellschaft leben? Der Einkommensunterschied zu einem Beschäftigungsverhältnis im Niedriglohnssektor beträgt für einen Single 376 Euro. Auch die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland kann so schlecht nicht sein. Wie sonst sind der Rekordüberschuss in der Handelsbilanz (130 Mrd. Euro 2002, Quelle: Statistisches Bundesamt), der Rekordüberschuss in der Leistungsbilanz (60 Mrd. Euro 2002, Quelle: ebenda) und der positive Saldo bei den Direktinvestitionen zu erklären? Ebenso kann der Arbeitsmarkt nicht so unflexibel sein, wie immer wieder behauptet wird, wenn bei den unter 20-jährigen (ohne Azubis) bereits jeder Dritte und bei den 20- bis 24-jährigen jeder Vierte einen befristeten Arbeitsvertrag hat. Darüber hinaus ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten von 1991 bis 2002 um 46% gestiegen (Quelle: Bofinger, Klagelieder).
Hajo Zeller

Das Letzte

Florida-Rolf

Herr Rolf John (Florida-Rolf) ist Sozialhilfeempfänger und lebt in Florida. Er hat 200 Euro im Monat für das tägliche Leben. BILD stellt ihn als Abzocker dar. Daraufhin wurde das Gesetz umgehend geändert. Zahlungen werden deutlich reduziert.

Edmund Stoiber fordert die Abschaffung von Sozialhilfe im Ausland. Es betrifft 959 Deutsche weltweit. In der Regel Emigranten, die von Hitler ins Ausland getrieben wurden.

Herr Manfred Schoeps war Chef der Immobilienhändler der Berliner Bankgesellschaft. Er hat Immobilien, die für Fonds der Bank bestimmt waren, zu günstigen Preisen für sich selbst gekauft. Wert: 35 Millionen Euro. „Alles rechtens“, sagt Schoeps.

Das sind zwei Beispiele aus dem bundesdeutschen Alltag. Es wird mit zweierlei Maß gemessen. Es ist auffallend, wie schnell und unbürokratisch SPD/Grüne und CDU bereit sind, Gesetze zu ändern, wenn es um Sozialabbau geht. Wenn es um die dicken Fische geht, um Korruption und Steuerhinterziehung, tagen Untersuchungsausschüsse endlos, verlaufen Gesetzesänderungen im Sand.

Gesine Löttsch
PDS-Bundestagsabgeordnete

Sehr schnell

Am 18. Oktober wurde die Renten-Nullrunde durch die Bundesregierung beschlossen. Am 23. Oktober, um 23.30 Uhr, wurden die Abgeordneten informiert und am nächsten Tag begann die erste Lesung des Gesetzes.

Bearbeitungszeit: eine Woche.

Schnell

Am 16. August schreibt BILD über „Florida-Rolf“. Am 17. Oktober wird das entsprechende Gesetz durch den Bundestag geändert.

Bearbeitungszeit: zwei Monate.

Langsam

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtete den Gesetzgeber, die Vermögenssteuer spätestens bis zum 31.12.1996 neu zu regeln. Da der Gesetzgeber nichts unternommen hat, wird seit 1997 keine Vermögenssteuer mehr erhoben. Steuerausfall ca. 16 Mrd. Euro im Jahr.

Bearbeitungszeit: noch offen.

PDS Weidenhäuser Str. 78-80,
35037 Marburg,
Tel.: 06421-16 38 73
E-Mail: pds-marburg@t-online.de
Bürozeiten: Mo.-Fr., 11-13 Uhr
Spenden: Konto-Nr.: 531 243, Marburger Bank

Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- Mitglied der PDS werden

Name _____ Vorname _____
Straße _____ Ort _____

Sozialismus weichgespült?

Die PDS hat nach jahrelanger Diskussion ein neues Programm verabschiedet

333 Delegierte stimmten am 26. Oktober für das neue Programm, 38 lehnten es ab und 10 enthielten sich. Anscheinend wurde ein guter Kompromiss gefunden. Ob die Einschätzungen der Medien stimmen, lässt sich bereits durch einige Zitate aus dem Programm überprüfen. Komplett ist es unter: www.pds-online.de/programm/ und bei der Marburger PDS erhältlich.

Das Urteil der Presse

Süddeutsche Zeitung: Die PDS verabschiedet sich mit ihrem Programm von dem Ziel einer staatssozialistischen Gesellschaft. Sie will das bundesrepublikanische System verändern – aber nicht mehr abschaffen.

Junge Welt: Seitenwechsel.

Die Zeit: Ein schöner Erfolg für die Parteireformer um Bisky, nur kommt er zwei Jahre zu spät. Wenn überhaupt, dann hat es damals eine Chance für die PDS gegeben, sich als ostdeutsche Regionalpartei mit gesamtdeutschem Einfluss und als reformsozialistische Kraft links der SPD zu etablieren.

Die Welt: PDS definiert ihren Pazifismus neu.

TAZ: Die zentrale Schwäche der PDS ist mit der Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 gnadenlos offen gelegt worden: Sie ist eine politische Phänomenpartei ohne politische Substanz. Das neue Programm wird daran nichts ändern.

Frankfurter Rundschau: PDS lobt Gewinnstreben.

Berliner Morgenpost: Die PDS hat nach jahrelangen Debatten ihren streng sozialistischen Kurs aufgegeben. Auf einem Parteitag in Chemnitz stimmten am Sonntag 77,8 Prozent der gewählten Delegierten dem neuen Programm zu, das fundamentalistische Positionen aufgibt und die Marktwirtschaft akzeptiert.

Das Programm: Originalzitate

In den Profit- und Herrschaftsinteressen der international mächtigsten Teile des Kapitals ... sehen wir die Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation, für Gewalt und Krieg, soziales Elend und die Krise der weltweiten Ökosphäre. Wir wollen, dass diese gesellschaftlichen Strukturen zurückgedrängt und schließlich überwunden werden, damit die Menschheit einen Ausweg aus dieser zerstörerischen Entwicklungslogik findet. In diesem Sinne sind wir konsequent antikapitalistisch.

Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ...

Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaft-

liche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil. Sozial-ökologisches Wirtschaften setzt gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung voraus.

Wir wollen, dass die Europäische Union zivil bleibt, die NATO aufgelöst und durch ein gesamteuropäisches, internationales Sicherheitssystem ersetzt wird.

Der Weltsicherheitsrat darf das allein ihm durch die Charta übertragende Recht, auch militärische Mittel, wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen. Ebenso darf sich kein Staat der Welt und kein Staatenbündnis dieses Recht anmaßen; die UNO muss sich solchen Anmaßungen widersetzen.

Die PDS lehnt in konsequenter Anerkennung des Artikels 26 Grundgesetz weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten.

Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen. Dieses Gebot muss wiederhergestellt und unantastbar werden. Die PDS lehnt die Schaffung deutscher und europäischer Interventionsarmeen ab.

Vorziehen der Steuerreform ist ökonomischer Unsinn

Rede der PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch



PDS-Duo im Bundestag: Petra Pau und Gesine Löttsch

Das Verfallsdatum der vom Bundesfinanzminister vorgelegten Zahlen kann nicht mehr in Jahren angegeben werden, sondern nur noch in Monaten und Wochen. Die Netto-Kreditaufnahme soll mehr als verdoppelt werden. Sie steigt von 18,9 Mrd. Euro auf 43,4 Mrd. Euro. Ein Grund: Die Steuereinnahmen fallen um 12,5 Mrd. Euro geringer aus als geplant. Zweiter Grund: Die Kosten für die Ar-

beitslosigkeit steigen um 12 Mrd. Euro.

In Anbetracht dieser Zahlen fragt sich doch jeder vernünftige Mensch, warum Sie, Herr Eichel, die Steuerreform um ein Jahr vorziehen und damit auf 22 Mrd. Euro Steuereinnahmen verzichtet wollen.

In diesem Zusammenhang möchte ich aus einem Interview mit CDU-Ministerpräsident Müller zitieren: „Es sind vor allem die Spitzenverdiener, die entlastet werden, und damit diejenigen, bei denen die Konsumbereitschaft deutlich geringer ist als bei den Beziehern kleiner Einkommen.“ (Berliner Zeitung; 5.11.2003) Herr Müller hat Recht, die Steuerreform wird die Konjunktur nicht ankurbeln, sie wird nur zu höheren Steuerausfällen und zu höheren Defiziten in den Kassen des Bundes und der Länder führen. Deshalb ist diese

Steuerreform konjunkturpolitisch unsinnig.

Sie führt aber auch zu einer sozialen Schieflage. Dazu möchte ich noch einmal Herrn Müller zitieren: „Man kann nicht auf der einen Seite der Rentnerin mit 900 Euro die Rente kürzen und auf der anderen Seite den Porsche fahrenden Single mit 100.000 Euro Jahreseinkommen um 3.000 Euro entlasten.“

Herr Müller macht mir Mut. Offensichtlich ist Herr Merz mit seiner Entsozialdemokratisierung der CDU doch noch nicht so weit gekommen, wie ich befürchtet habe. Aber offensichtlich gibt es einen Entsozialdemokratisierungswettlauf der Parteien, bei dem nicht nur Herr Merz ganz vorn mitläuft, sondern auch Frau Göring-Eckardt, die die Demonstranten gegen Sozialkahl Schlag am 1. November als „Besitzstandswahrer“ diffamierte.

Die PDS wird dem Vorziehen der Steuerreform nicht zu stimmen, weil diese Steuerreform – vorgezogen oder nicht – die soziale Schieflage in diesem Land weiter verstärkt.

Wie die vorgezogene Steuerreform wirkt:

| Jahresbrutto-Einkommen | Rückgang der Steuerbelastung | |
|------------------------|------------------------------|------------------|
| | in % des Einkommens | in Euro pro Jahr |
| 15.000 | 1,8 | 267 |
| 30.000 | 1,9 | 567 |
| 50.000 | 2,6 | 1.830 |
| 100.000 | 4,6 | 4.587 |
| 500.000 | 6,4 | 32.200 |
| 1.000.000 | 6,7 | 66.700 |

Quelle: IG Metall, Wirtschaftsabteilung